



Aufgrund der durch die Studierendenproteste seit Herbst 2009 neu entflammten Debatte über unser Hochschulsystem konnte man an mannigfaltiger Stelle lesen und hören, was uns der Bologna-Prozess verspricht – Anerkennung von Abschlüssen, höhere Mobilität, mehr Mitspracherecht der Studierenden und bessere Jobchancen –, aber gerade eben nicht leistet. „Die Bologna-Blase ist geplatzt“, titelte beispielsweise FAZ.net am 24.11.2009.

Doch wir wollen dieses Reform-Trauerspiel erst einmal übersehen und den historischen Wurzeln des Bologna-Prozesses nachspüren, der seine ersten Auswüchse 1997 in Lissabon annahm. Dort trafen Europarat (also keine Instanz der EU) und UNESCO zusammen, um ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Studienabschlüssen in der europäischen Region zu schließen. Dieses Programm war also weder einer EU-Doktrin unterstellt, noch musste es auf europäische Staaten beschränkt bleiben. Zwei Jahre später hieß das

Ganze dann Bologna-Prozess und wurde von anfangs 29 europäischen Staaten unter maßgeblichem Einfluss der EU vorangetrieben. Jene hat im Jahr 2000 die ehrgeizige Lissabon-Strategie initiiert, um innerhalb von 10 Jahren der alliterativ eindrucksvolle „wettbewerbsfähigste, wissensgestützte Wirtschaftsraum der Welt“ zu werden. Der Bologna-Prozess wurde in der Folge kurzerhand diesem Ziel unterstellt. So wurde aus einem anfänglich progressiven UNESCO-Programm plötzlich eine wirtschaftlich orientierte Reform, die aus den Universitäten nach ökonomischen Maßstäben handelnde Unternehmen auf einem globalen Bildungsmarkt machen sollte. Die Konsequenzen spüren wir: Verschulung und Überfrachtung der Lehrpläne, eingeschränkte Mobilität, entdemokratisierte Universitäten, ein fast nutzloser Bachelor-Abschluss und stärkere soziale Selektion. Ironischerweise wird genau jenes Bologna-Papier (Berlin-Kommuniqué 2003), in welchem zum ersten Mal der Lissabon-Strategie Tribut gezollt wird, von einem

Eingeständnis zur sozialen Dimension des Bologna-Prozesses eingeleitet. Nachdem man nun den Entschluss gefasst hatte, das europäische Hochschulsystem Wirtschaftsinteressen zu opfern, wurde zwei Jahre später in Norwegen (Bergen-Kommuniqué 2005) auch noch darüber beraten, wie man den vermeintlich erfolgreichen Bologna-Prozess in andere Erdteile exportieren könne.

Der Bologna-Prozess – selbst in keiner Weise rechtlich für die inzwischen 47 Unterzeichnerstaaten bindend – war natürlich nicht der erste Ansatz zu Verbesserungen im Bildungssystem. Besonders hervorzuheben ist der schon 1966 gefasste sogenannte UN-Sozialpakt, der von fast allen Mitgliedern der UNO ratifiziert wurde (Deutschland 1973, Österreich 1977, Italien 1978) und damit völkerrechtlich bindend ist. Neben heute selbstverständlichen Menschenrechten ist darin in Artikel 13.2 (c) auch das Recht auf allgemeinen und freien Hochschulzugang enthalten. In Deutschland hatte dies schon Klagen und Gesetzesentwürfe gegen Studiengebühren zur Folge – bislang ohne Erfolg. Der Sozialpakt ist wie so oft nur ein Lippenbekenntnis der Politik zu einer sozial gerechten Welt.

Diese Ignoranz der Regierungen mit ihrer nur an der Wirtschaft ausgerichteten Politik hatte nicht nur zur Folge, dass Hörsäle besetzt, sondern dass dort auch alternative und ergänzende universitäre Strukturen errichtet wurden. Dies umfasst Forderungen und Ideen zu dringend nötigen Reformen, selbstorganisierte Lehrveranstaltungen (in Innsbruck inzwischen im Rahmen der „Kritischen Uni“ etabliert) und ein europaweites Protest-Netzwerk unter den Schlagworten „Unsere Uni“ und „Uni brennt“. Dieses Netzwerk hat, den Bologna-Treffen nicht ganz unähnlich und oft als Gegenveranstaltung zu jenen, inzwischen schon internationale Treffen in München (27.-29.11.2009), Paris (11.2.2010), Wien (11.-14.3.2010) und Madrid (8.-14.4.2010) ausgerichtet. Die Möglichkeiten der Beteiligung reichen un-

ter anderem von Besuchen im neuen Studierendenraum auf der GeiWi über Beteiligung im Plenum bis hin zur Teilnahme am kommenden Bildungskongress in Bochum (25.-30.5.2010, www.educationcongress.eu). Auch die Produktivität in traditionellen Medien ist beachtlich: Ein Buch, eine CD und ein Film von und über die Protestbewegung sind wohl nur die vorläufige Bilanz. Dass diese Aktivitäten in Verbindung mit fortgesetzten Protestaktionen auch die Möglichkeit haben die Öffentlichkeit zu erreichen wurde hinlänglich bewiesen. Damit holen sich Studierende ihr Mitspracherecht wieder zurück und signalisieren, dass sie sich als Teil der Universitäten verstehen. Es wird nicht nur zur Krise des Hochschulsystems Stellung bezogen, sondern es werden auch alternative Vorschläge gemacht und manche davon auch kurzerhand in Eigeninitiative umgesetzt. Speziell in Österreich versucht die Regierung trotz all dem noch immer, die Proteste einfach auszusitzen – umso fataler wäre es, jetzt zu resignieren.

Quellen und weiterführende Links

Die Kommuniqués der Bologna-Konferenzen lassen sich mühelos im Web finden, für den UN-Sozialpakt sucht man einfach nach „CESCR“. Buch und CD findet man unter „Uni brennt“ auf Amazon (eine Buchrezension findet sich auch in dieser diogenes-Ausgabe) bzw. MySpace. Die zentrale Website der Protestbewegung unsereuni.at lohnt stets einen Besuch, für Innsbruck führt der Weg zu sowimax.at oder gleich per pedes in den neuen Studierendenraum im GeiWi-Erdgeschoss.